

# Leserecho

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **62 (1983)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Entscheidungen in Länderparlamenten, bei denen Bürger einer Region besonders betroffen worden sind, wie beim Bau von Atomkraftwerken oder Entsorgungsanlagen, haben den Verdross über die schon von Tocqueville beklagte «Tyrannei der Mehrheit» bis zur Rebellion erhöht. Die verantwortlichen Regierungsparteien waren oft nicht dazu fähig oder willens, beunruhigte Bürger von der Notwendigkeit getroffener Entscheidungen zu überzeugen und stützten sich lieber auf Polizeieinsätze, was bürgerkriegsähnliche Situationen heraufbeschwor. Das wiederum erhöhte bei einem Teil der Betroffenen die Bereitschaft zur Gewaltanwendung.

In der autoritären Durchsetzung unpopulärer Mehrheitsbeschlüsse liegt nicht zuletzt die Legitimationskrise des Parlamentarismus. Verstärkt wird diese Tendenz durch die Schwierigkeiten der Parlamentarier, sich gegenüber dem mächtigen Druck der Industrielobby und der Ministerialbürokratie durchzusetzen. Beamte mit oder ohne Parteibuch empfinden Forderungen von Politikern als lästig und neigen zu einem ungestörten routinierten Verwaltungsablauf.

Da in Länderparlamenten und im Bonner Bundestag Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes nahezu die Hälfte der Abgeordneten stellen, entsteht fast zwangsläufig ein Interessenkonflikt von Legislative und Exekutive auf Kosten der Bürger. Auf die Dauer gibt es nur ein wirksames Mittel, um diese Situation zu ändern. Die Zahl der Beamten in Parlamenten muss auf ihren Anteil an den Berufstätigen drastisch reduziert werden. Leider haben alle Bundestagsparteien in den letzten Jahren dieses heisse Eisen nicht mehr aufgegriffen. Gleichzeitig bedarf es neuer Initiativen der Parlamentarier. Sie

müssen mehr als bisher wichtige und konfliktträchtige Planungen der Verwaltung von Anfang an mitbestimmen, dürfen sich nicht von vollendeten Tatsachen überrollen lassen. Das bequeme Schielen nach demoskopisch ermittelten Mehrheits-tendenzen lässt Entscheidungen konformistisch erscheinen, wenn auf die nötige Überzeugungsarbeit verzichtet wird. Parlamentarier dürfen der Exekutive keine Handlangerdienste leisten. Stattdessen wäre es besser, mehr Hearings zu verlangen, um den Informationsvorsprung der Beamten wettzumachen.

Die Kontrolle der Verwaltung darf sich nicht in gelegentlichen Untersuchungsausschüssen erschöpfen, die zudem stets erst dann eingesetzt werden, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Was an Behördenwillkür möglich ist, zeigt ein Beispiel aus Niedersachsen. In Hannover besteht nicht einmal ein Petitionsausschuss. Als der Verband die Referendare kürzlich berechnete Einwände gegen ein neues geplantes Ausbildungs- und Prüfungsreglement erhob, wurde er monatelang hingehalten und schliesslich mit zwei Sätzen abgespeist. Die Einwände wurden vom Landtag als erledigt betrachtet, weil inzwischen die Ausbildungsordnung geändert worden war. Arroganter hätte auch die kaiserliche Justiz im Jahre 1912 nicht reagieren können.

Wo die politischen Perspektiven undeutlicher werden und verblassen, steigt dafür die Flut neuer Gesetze. Dahinter verbirgt sich der Hang der Bürokratie, sich mit einer nahezu perfektionistischen Handhabe gegenüber dem Bürger durchzusetzen. Warum werden Behörden nicht dazu verpflichtet, im Zweifelsfall die Interessen der Bürger und nicht die des Staates wahrzunehmen? Letzten Endes entscheidet sich die

Einschätzung der Demokratie für den Wähler an der Haltung der gewählten Volksvertreter, die seine berechtigten Interessen gegenüber Behörden schützen.

Vertreter reformistischer Parteien, ob Sozialliberale, Sozialdemokraten sind dabei mehr gefordert als Vertreter bürgerlich-konservativer Parteien, die alte Denkstrukturen nur ungern aufgeben und den Bürger insgeheim für unmündig halten. Wenn diese Erkenntnisse aber nicht beherzigt werden, wird die Gleichgültigkeit gegenüber den Parlamenten zunehmen.

*Leserecho*

## Konfusion ist kein Programm

*Eine Antwort an Rudolf Bahro*

Schon oft habe ich mich gefragt, was es für einen Sinn haben soll, in der Schweiz, einem neutralen, keinem der Machtblöcke angehörenden Land ungekürzt und unverändert Propaganda für eine nukleare Abrüstung nachzudrucken, die auf die besonderen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zugeschnitten ist. Die Zeitschrift, die das tut, wird dadurch zu einer Art Hilfsorgan einer Gruppierung, die an der SPD, der natürlichen Verbündeten der SPS, herummäkelt und sich aus eigener Machtvollkommenheit die Bezeichnung «Friedensbewegung» zugelegt hat, womit sie offenbar sagen will, dass alle, die andere Ansichten haben, Kriegshetzer sind. Das letzte und sonderbarste Produkt dieser Art ist Rudolf Bahros Ruf nach «Sicherheit für die Menschen» (Rote Revue Nr 11/1982). Ein redaktionelles Nachwort bescheinigt

ihm, er kritisiere «auch jene, die einseitig Abrüstung nur vom Westen verlangen» — wo, wie und wann hat er dergleichen getan?

In einer Welt, in der Reagan, Thatcher und Kohl das grosse Wort führen, kann man leicht dazu gelangen, die beiden Machtblöcke in den gleichen Topf der Verachtung und Ablehnung zu werfen. Mit Heine sagt man dann «doch es will mich schier bedünken, dass der Rabbi und der Pfaff, dass sie alle beide stinken.» Aber die blossе Tatsache, dass man diese Ansicht im Westen ungestraft auszusprechen vermag, im Osten aber nicht, zeigt, dass zumindest die Intensität des üblen Geruchs in beiden Lagern nicht die gleiche sein kann. Wenn irgend jemand in der Welt dies verstehen müsste, ist es gerade Rudolf Bahro. Er hat in der DDR Mannesmut vor der Diktatur bewiesen, man hat ihn in den Kerker geworfen, aus dem ihn energischer Druck aus dem Westen befreit hat. In der Bundesrepublik angelangt, hat er sich den Grünen angeschlossen und bildet in diesem Sammelsurium von vielfach wohlmeinenden Wirrköpfen eine Art linke Fraktion, die die Parole «Exodus von der Industriegesellschaft» propagiert, was sie im Gegensatz zu den Massenorganisationen der Arbeiter, den Gewerkschaften, bringen muss. In der DDR hat er die Grundlage des Regimes akzeptiert und bloss kritisiert, was er für Auswüchse hielt; dafür wurde er eingesperrt. In der Bundesrepublik lehnt er die Grundlage des — demokratischen — Regimes ab und kritisiert alles, wozu er natürlich das Recht hat; es geschieht im selbstverständlich nicht das geringste. Sollte er wirklich einen Unterschied nicht wahrgenommen haben? Fast scheint es, dass er sich weigert, primitive Fakten anzuerkennen, wenn er schreibt:

*Die Polen dürfen sich ihr Polen nicht nehmen, die Holländer nicht ihr Holland..., weil das jedesmal bedeuten würde, den beiden Konkurrenten um die Weltherrschaft Manövriermasse zu entziehen...»*

Kann man die Konfusion des Vergleichens von Äpfeln und Birnen noch steigern? «Anders als sonst in Menschenköpfen malt sich in diesem Kopf die Welt.» Die Polen dürfen sich ihr Land nicht nehmen (ebenso wenig wie die Russen), weil die Kremelherrscher es nicht gestatten. Die Holländer haben sich 1944/45 mit amerikanischer Waffenhilfe ihr Land genommen und halten es seither fest in der Hand. Ihr freigewähltes Parlament entscheidet souverän und demokratisch über die Politik des Landes, ob diese Entscheidung in Washington genehm ist oder nicht. Nicht einmal das Häuflein niederländischer Kommunisten verdächtigt die Vereinigten Staaten der Absicht, die Niederlande, wenn sie nicht parieren, gewaltsam zu besetzen. Bei Bahro weiss man nie genau, in wessen Namen (Menschheit, Friedensbewegung, Grüne oder er selbst) er zu sprechen behauptet, wenn er «wir» sagt, z.B.:

*«Wir lassen uns die machtbestimmte Pax Americana, die ihr unvermeidliches Gegenstück in einer Pax Sovietica für Osteuropa hat, nicht länger als geeignetes Mittel auch der Kriegsverhinderung aufdrängen.»*

Was immer sich Bahro nicht aufdrängen lassen will, wir Sozialdemokraten müssen ihm sagen, dass das Nato-Bündnis, das ohne amerikanische Teilnahme nicht aktionsfähig wäre (welche Länder wurden bisher von den Nato-Streitkräften überfallen?), auf der freien, demokratischen Entscheidung freigewählter Parlamente beruht. Ohne auf die anderen Ungeheimheiten in Bahros Interpretation der Fakten einzugehen,

sei ihm entgegengehalten, was Bundesrat Willi Ritschard jüngst im Münster bei der Gedenkfeier in Basel — 70 Jahre nach dem Friedenskongress der Internationale — gesagt hat:

*Für uns ist der Frieden nicht gesichert, solange es Diktaturen gibt, die Gewalt ihrem eigenen Volke gegenüber anwenden und die auch nicht davor zurückschrecken werden, äussere Probleme mit Gewalt lösen zu wollen.»*

J.W. Brügel, London

## SP- Bildungstelefon

**i der stadt isch ornig  
d hüser sy aagschribe  
ds wirtshuus  
der polizeiposchte  
d migros  
oder mer kennt sen am üssere  
bim tämpel steiht e turm  
d schuele gseh uus wie fabrigge  
d wohnblöck wie silo  
u ds stadthuus isch  
wie nes stadthuus äbe  
a der straass stöh zeiche  
der hund für ne stund  
i der blaue zone aazbinde  
choscht zwe batze  
sisch verbotte  
mit vollgas dür ds gässli zfhare  
sisch verbotte  
hingerem kiosk zbysle  
sisch verbotte  
es zebra am stadtbunne  
ztränke  
un uf em parkplatz  
lyyche zverbrönne**

**du erfarsch nid  
was die zeiche meine  
oder verstecke  
wil d use muesch  
duss vor der stadt  
gsehsch bis a horizont  
der himel tuet sech wyt uuf  
u wulchefätze fahre verby  
du gsehsch es sägelschiff  
e hand  
e wyssen elefant  
es riff**

SP Aargau 064 / 22 41 02